

Hessischer Landtag · 20. Wahlperiode · 107. Sitzung · 02. Juni 2022
Antrag Aktuelle Stunde Fraktion der AfD Schwarz-Grün schaut antisemitischem Treiben bei documenta tatenlos zu – Drucks. 20/8554 – gemeinsam aufgerufen mit Dringlicher Antrag Fraktion der AfD
Kunstfreiheit darf nicht als Deckmantel für Antisemitismus missbraucht werden
– Drucks. 20/8590

<https://youtu.be/3m8xLmlqwsA?t=1045>

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die AfD-Vorstellungen zum Grundrecht der Kunstfreiheit sind hinlänglich bekannt. Ginge es nach ihr, würden Kunst und Kultur in all ihrer Vielfalt eingeschränkt und ideelle und finanzielle Unterstützungen für Kulturschaffende gestrichen, die nicht in ihr Welt- und schon gar nicht in ihr Menschenbild passen.

Hierzu einige Fakten: Es ist eine AfD, der im Verfassungsschutzgutachten auf 50 Seiten antisemitische Aussagen von AfD-Vertretern nachgewiesen werden.

Sie, die über die Verbrechen und den millionenfachen Mord an Jüdinnen und Juden mit einem Vogelschiss-Vergleich herzieht,
sie, die das Mahnmal des Holocaust-Denkmal in Berlin als „Denkmal der Schande“, als „beschämende Erinnerungspolitik“ entwürdigt und eine verantwortungslose „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ fordert,
sie, die sich bei Corona-Demonstrationen nicht vom Tragen des gelben Sterns oder von Vergleichen mit Anne Frank oder Sophie Scholl distanziert,
sie, die in ihrem Programm fundamentale Gebote des Judentums zur Disposition stellen will,
sie, bei der antisemitische Vorstellungen und Verschwörungsdenken integraler Bestandteil ihrer Programmatik sind,
sie, die über die Neue Rechte mit Codes wie „Internationale Hochfinanz“ oder „Great Reset“ Antisemitismus unverhohlen schürt,
sie, die den Antisemitismus als wesentliches Problem von Migranten darstellt,
sie, die unaufhörlich gegen Muslime und Minderheiten hetzt und sie stigmatisiert,
sie, die in ihrem herablassenden Programm dem Grundrecht auf Religionsausübung – ich zitiere – „über ihre Werte und durch staatliche Gesetze Grenzen setzen will“,
sie, die das Bundesverfassungsgericht und damit unseren Rechtsstaat ablehnt,
sie, die kraft Gerichtsurteil als rechtsextremistischer Verdachtsfall eingestuft wird.

Ausgerechnet diese AfD inszeniert sich mit einem zynischen, schamlosen und verlogenen Antrag als Hüterin der christlich-jüdischen Tradition.

Doch weder Christen und schon gar nicht Juden wollen sich von ihr vereinnahmen lassen. Die AfD sollte vor ihrer eigenen Haustür kehren. Mit Verlaub, dort gibt es genügend Dreck.

Die AfD braucht niemand; und niemand braucht die AfD zum Schutz vor Antisemitismus.

Was wir aber brauchen, meine Damen und Herren, ist Schutz vor der AfD und ihren Anträgen. Vielen Dank.